

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P, für das übrige Reich und ganz Deutschland 9 M incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (B.) Wöhrer-straße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Petitionelle:
Morgen-Ausgabe 4-spaltig 40 P. Columnen
resp. deren Theile 300 M u. f. w.
Abend-Ausgabe 3-spaltig 60 P. — Reklame
3-spaltig 1 M 50 P. — Columnen 450 M u. f. w.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

7. Sitzung vom 19. März.

12 Uhr. Am Ministertische: Dr. Friedberg, Dr. Lucius, Dr. von Scholz, von Meibach, von Böttcher u. A.

Die Gesetzentwürfe betr. die Errichtung eines Amtsgerichts in der Stadt Trebbin, sowie betr. die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken werden unverändert angenommen. Ueber die Petition der Stadtverordneten zu Kien um Errichtung eines Amtsgerichts in Kien geht das Haus zur Tagesordnung über.

Es folgt die Beratung des Etats für 1887/88.

Oberbürgermeister Böttcher beantragt, nach beendeter Generaldiskussion den Etat an bloß anzunehmen.

Herrn Dr. v. Hakefeldt-Trachenberg, folgender Resolution die Zustimmung zu ertheilen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, im nächsten Etat den zur Förderung gemeinschaftlicher und kommunaler Flussregulirungen zu beauftragenden Ausgaben nicht mehr im Extraordinarium, sondern im Ordinarium einzustellen.

In der Generaldiskussion spricht

Generalberichterstatter v. Wülfel seine Freude darüber aus, dass dem Herrenhaus seitens des Abgeordnetenhauses der Etat in diesem Jahre früher zugegangen sei, als es seit vielen Jahren der Fall gewesen. In Bezug auf den Etat selbst weist Redner darauf hin, dass der Etat zwar ein Defizit von 28 Millionen aufweise, dass dies aber nicht Schuld der Finanzlage Preussens, sondern der des Reiches sei. Der Etat sei im Abgeordnetenhause unverändert angenommen worden, bisher der erste und vermutlich auch ferner der einzige Fall in der parlamentarischen Geschichte. Es zeige das, mit welcher Voracht und mit wie großem Entgegenkommen gegen die Wünsche des Abgeordnetenhauses der Etat aufgestellt worden sei. Es trete im Etat überall eine große Sparfameit hervor, wie sie durch die Finanzlage geboten werde.

Der Antrag Böttcher wird darauf angenommen. Doch erhält noch das Wort kein Domänenrat.

Dr. Friedberg, welcher mehrere Wünsche bezüglich des Seebades Norderny zur Sprache bringt. Der Besuch habe sich von 3000 auf 12 000 Personen gehoben; trotzdem lägen die Verbindungen mit Norderny noch viel zu wünschen übrig. Ferner fehle es an Trink- und Spülwasser. Redner bittet die Regierung hier Wandel zu schaffen.

Minister der Landwirtschaft Dr. Lucius: Die von dem Vorredner geäußerten Wünsche sind bereits Gegenstand der Erörterung der Staatsregierung geworden, sowohl die Verlängerung der Sandungsbrücke und der Molen, als die Frage der Kanalisation und der Wasserversorgung für Norderny. In Bezug auf die letzteren Punkte stehen sich die Gutachten der Techniker noch entgegen; sie unterliegen daher jetzt einem Sonderarbitrium, nach dessen Eingang wir sofort vorgehen können. Jedenfalls wird für unsere Seebäder alles geschehen, was geschehen kann.

Minister der öffentlichen Arbeiten Dr. Meibach: Ich will noch hinzufügen, dass wir bemüht sind, die Verbindung mit unseren Nordseebädern noch Möglichkeit zu verbessern, wie dies aus den Worten nach der Dürre hervorgeht. Wir hoffen, dass wir dadurch beitragen werden, den Besuch der Nordseebäder zu heben, damit sie nicht zu sehr hinter den günstigen gelegenen ausländischen Seebädern zurückstehen. Vor allem suchen wir eine direkte Verbindung herzustellen, welche eine Reise in die Seebäder ohne Aufenthalt gestattet.

Bei der Verwaltung der Domänen und Forsten wünscht Herr v. Meibach im Interesse der niederen Jagd eine Ausbehnung der Anordnungen, betreffend die Vernichtung der Raubvögel. Für den Abschuss von Raubvögeln empfehle sich Gewährung einer Prämie an die Jagdschützen.

Zur Verwaltung der direkten Steuern beschweren sich v. Wöhrer und v. Wülfel über einige Spezialentscheidungen bezüglich der Stenerereinschätzung.

Zur Eisenbahnverwaltung bedauert Herr v. Wülfel, dass die kleineren Stationen in Bezug auf die Retourbilletts gegenüber den größeren ungünstig gestellt seien. Besonders erhalte man dort keine Retourbilletts erster Klasse.

Minister für öffentliche Arbeiten Meibach erklärt es für ein Ding der Unmöglichkeit, alle kleineren Stationen mit Retourbilletts für alle Wagenklassen zu versehen. Der Verwaltungs-Apparat würde zu umfangreich werden. Uebrigens würden die Wünsche des Vorredners sorgfältig geprüft werden.

Graf v. Stolberg bringt zur Sprache, dass auf der Dirschbühnen Südbahn die Tarife z. B. für Jäger um ca. 20 Prozent höher seien als auf den Staatsbahnen. Vielleicht könnte der Minister die Verwaltung dieser Bahn dazu veranlassen, die Tarife denen der Staatsbahn entsprechend zu normieren.

Herr v. Meibach bringt das Sinken der Preise für landwirtschaftliche Produkte in Zusammenhang mit dem Tarifwesen. Jede Verschärfung in dem Tarifwesen werde von der Landwirtschaft schwer empfunden. Besonders habe sich dies im Verkehr von Osten nach Westen fühlbar gemacht. Die Tariffrage sei daher von größter Bedeutung für die Entwicklung der Landwirtschaft. Je mehr Eisenbahnen in Staatsbesitz übergingen, desto mehr könne die Verwaltung ihren Einfluss dahin geltend machen, dass die Tarife für landwirtschaftliche Produkte ermäßigt werden.

Geheimrath Fied erklärt, dass die Verwaltung der Staatsbahnen bemüht sei, auf die Privatbahnen dahin zu wirken, dass sie in ihren Tarifen nicht über die Tarife der Staatsbahnen hinausgingen. Die Wünsche des Vorredners würden in wohlwollender Erwägung gezogen werden.

Herr v. Hakefeldt empfiehlt die von ihm beantragte oben mitgetheilte Resolution. Eine Hilfe für die Landwirtschaft lasse sich am besten erreichen durch Meliorationen und Vermehrung der Produktion. Solange aber die im Etat ausgewiesenen Summen für Meliorationen im Extraordinarium eingestellt seien, könnten Meliorationen von größerer Bedeutung, deren Ausführung mehrere Jahre dauerte, nicht in Angriff genommen werden. Aus diesem Grunde empfehle es sich, künftig diese Posten ins Ordinarium einzustellen.

v. Wöhrer spricht sich für die Resolution aus, anstatt aber Bedenken gegen die Art, wie jetzt die Flussregulirungen, die jetzt einigermaßen Mobeckse geworden seien, besonders in Schlesien, angeführt würden. Es könnten dadurch leicht Gefahren für die angrenzenden Landbesitzer entstehen.

Finanzminister Dr. v. Scholz hält es für überflüssig, eine derartige Resolution zu fassen. Der Vorredner möge in manchen Punkten Recht haben, die Regierung werde jedoch auf die entscheidenden Gefahren ein Auge haben. Aber eine Einkerbung der Position in das Ordinarium sei nicht angebracht, so lange nicht innerhalb der Regierung selbst volle Uebereinstimmung über die Art der Verwendung der Summe herrsche. Man möge daher auf die Regierung keinen Druck ausüben und das Vertrauen haben, dass die Regierung das Wohl der Landwirtschaft nicht außer Acht lassen werde.

Herr v. Meibach betont, dass nach Mittheilungen der heutigen Morgenblätter der französische Landwirtschaftsminister sich für den Schutz der Landwirtschaft mit einer Bestimmtheit ausgesprochen habe, wie man sie leider bei uns von Regierungsside noch nicht vernommen habe, wobei nur Herr v. Bismarck auszunehmen sei.

von Tettau erklärt sich als Spezialreferent der für die Beratung des Etats eingesetzten Kommission für die Resolution, damit es dem Minister der Landwirtschaft ermöglicht werde, auch größere Meliorationsarbeiten, die mehrere Jahre erforderten, vorzunehmen.

Minister Dr. Lucius: Nachdem der Finanzminister sich gegen

die Uebertragung der Position in das Ordinarium ausgesprochen hat, kann ich selbstverständlich nicht in anderem Sinne ausbrechen. Doch will ich nicht verhehlen, dass nach meiner persönlichen Ansicht ein dauerndes, dringendes Bedürfnis für diese Meliorationen vorliegt, welches schließlich dazu führen muß, die Position in das Ordinarium zu übernehmen. Bis zum Jahre 1875 sind jährlich große Summen im Ordinarium, wie im Extraordinarium für die landwirtschaftlichen Meliorationen ausgegeben worden. Damals aber wurden diese Fonds vom landwirtschaftlichen Ministerium abgetrennt und als Dotationen den Provinzen überwiesen, welche sie aber nicht bloß für Meliorationen verwendet haben. Infolge dessen sind jährlich etwa 60 000 Mk. weniger für Meliorationen verwendet worden als früher, und es liegt daher in der That eine Schädigung der Landwirtschaft vor. Das bei den Meliorationsausführungen Mangel vorgekommen sein mögen, will ich nicht bestreiten, doch haben sich gerade in den letzten zehn Jahren unsere Wasserbauingenieure eine große Geschäftigkeit bei der Ausführung der Flussregulirungen erworben. Einen festen Fonds für Meliorationen würde ich für außerordentlich nützlich halten. Man kann zwar sagen, es ist ja gleichgültig, ob die Mittel im Ordinarium oder im Extraordinarium bereitgestellt werden, wenn sie dem Minister nur zur Verfügung stehen. Inwiefern, so lange die Position nur als außerordentliche gilt, kann ich für eine größere Melioration einen Zuschuss auf mehrere Jahre hinaus nicht versprechen. Deshalb wäre es im Interesse der Landwirtschaft mindestenswerth, wenn wir diese Position im Ordinarium hätten, und ich stelle daher die Entscheidung über die Resolution dem Hause anheim. Schließlich möchte ich noch darauf hinweisen, dass die landwirtschaftlichen Interessen im Reich vom Reichskanzler Fürsten Bismarck, in Preußen vom Ministerium, dessen Präsident ebenfalls Herr v. Bismarck ist, wahrgenommen werden, und will meiner Freude darüber Ausdruck geben, dass Herr v. Meibach anerkannt hat, dass die preussische Regierung in ihrer Totalität sich die Interessen der Landwirtschaft angelegen sein lässt.

Dr. Wülfel: Es ist hier die Frage, ob, nachdem der frühere Meliorationsfonds den Provinzen überwiesen ist, der preussische Staat dennoch die Abgabe von Beihilfen für Genossenschaften und Kommunalverbände behufs Flussregulirungen zu seiner regelmäßigen Aufgabe zu erklären hat. Nun hat der Herr Minister schon ausgeführt, dass zwar die früheren Fonds für Meliorationen den Provinzen überwiesen sind, ohne dass aber den Provinzen eine bestimmte Verpflichtung auferlegt worden wäre, diese Fonds auch für solche Meliorationen zu verwenden. Theils ist dies in den Provinzen geschehen, theils nicht geschehen, daher insoweit es nicht geschehen ist, sind die Fonds für andere Zwecke verwendet worden, die sich auch als Landesmeliorationen charakterisiren; z. B. sind die Ausgaben für Begehenten wohl in allen Provinzen des preussischen Staates viel bedeutender geworden und viel intensiver, als es früher bei der Staatsverwaltung war, und die Provinzen haben dafür weit höhere Summen ausgeben müssen, als sie aus staatlichen Dotationen übernommen bekommen haben. Eine derartige Pflege des Begebenen kann man auch als Landesmelioration ansehen. Nun handelt es sich hier um Beihilfen, die regelmäßig wiederkehren, man würde daher diese Summe dauernd in das Extraordinarium aufnehmen haben. Ist das richtig, dann kann gar kein Zweifel darüber sein, dass dieser Fonds und dessen Verwendung von der Beihilfen ist, dass derselbe zweckmäßig verwendet werden kann, wenn durch Aufnahme desselben in das Ordinarium eine größere Sicherheit der regelmäßigen Wiederkehr ermöglicht ist. Das derartige Verbandlungen über eine Regulirung häufig sich durch Jahre hinziehen, ehe bestimmte Anlagen gemacht werden und dass selbst, wenn die Verhandlungen sich nicht so lang hinziehen, die Ausführung sich viele Jahre hinzieht, darüber kann Niemand in Zweifel sein, der jemals solche Verhandlungen mitgemacht hat. Nun ist gerade die Natur dieser Art von Meliorationen nach meinen Erfahrungen — ich habe eine Reihe solcher Verhandlungen mitgemacht — derartige Unternehmungen aus Staatsmitteln auszuführen, als den unmittelbaren Mitteln der Interessenten voraus, weil einerseits bei einem großen Theil der Interessenten die Einheit für die Möglichkeit solcher Regulirungen fehlt und man kein richtiges Vertrauen zu dem Erfolg hat, und weil andererseits die Interessen der Beihilfenden außerordentlich verschieden sind. Wenn hier der Staat ausgleichend wirkt durch seine Subvention, so wird er nicht bloß materiell die Sache fördern, sondern auch auf die Interessenten einen erheblichen moralischen Druck ausüben, so dass sie ihre Zustimmung zu dem Abschluss der Verhandlungen geben. Ich habe das bei den verschiedensten Gelegenheiten beobachtet. Dies ist um so notwendiger, als es uns an einem Gesetz völlig mangelt und unser ganzes Wasserrecht durchaus unregelmäßig geordnet ist, man daher fast immer auf den guten Willen der Beihilfenden ohne jede Zwangsbestimmung angewiesen ist. Nützlich ist allerdings, dass bei Flussregulirungen sehr viel Fehler gemacht worden sind. Wir haben eben nicht genügend Techniker gehabt, die speziell für diese Richtung ausgebildet waren. Wir hatten kleine gewöhnliche Wasserbauingenieure verwendet, die ohne Kenntnis derjenigen technischen Details waren, die in Beziehung auf Landesmeliorationen sich notwendig erweisen. Den Grundlag eines großen Wasserbauingenieurs, dass man einen Tropfen Wasser nicht aus der Hand geben dürfe, dass man es wohl regeln könne, aber immer wieder zur Disposition behalten müsse, den haben unsere Techniker vielfach nicht begreift. (Hört! hört!) Ihre ganze Weisheit bestand darin, das Wasser möglichst bald wegzuschicken, sie haben dieses kostbare Gut nicht genügend anerkannt. Ich freue mich darüber, dass seitens des landwirtschaftlichen Ministeriums jetzt großes Gewicht auf besonders in diesem Fach ausgebildete Techniker gelegt wird. Darin liegt vielleicht eine größere Subvention, als in der Bewilligung von Mitteln für den einzelnen Fall. Ich würde Ihnen diesen Antrag empfehlen mit dem vollen Bewusstsein, dass damit ausgesprochen wird, wir erklären es von nun an für die Aufgabe des Staates, aus seinen Mitteln derartige Unternehmungen zu fördern. (Beifall.)

Graf v. Frankenberg empfiehlt gleichfalls die Annahme der Resolution des Fürsten v. Hakefeldt. Er könne aus seiner Erfahrung bestätigen, dass auch in der Provinz Schlesien die Flussregulirungen noch zu wünschen lasse. Die vorhandenen Kräfte an Technikern reichen nicht aus.

Die Resolution des Fürsten v. Hakefeldt wird darauf mit großer Mehrheit angenommen und der Etat darauf genehmigt.

Eine Petition des Assistenten bei der Staatsanwaltschaft in Glogau Jakobs u. Gen. um Erhöhung des Maximalgehaltes der elastschlägigen Gerichtsschreibergehältern und der diesen gleichgestellten elastschlägigen Assistenten der Staatsanwaltschaft wird durch Ueberragung zur Tagesordnung erliebt.

Präsident Herzog v. Ratibor: Ich habe gestern infolge des Beschlusses des hohen Hauses beim Hofmarschallamt angetragen, ob Se. Majestät der Kaiser bereit sei, die Glückwünsche des Herrenhauses entgegenzunehmen und habe darauf vom Hofmarschall Grafen v. Plessen folgende Antwort erhalten: „Se. Majestät beehrt ich mich, auf das gefällige Schreiben vom 18. d. M. mitzutheilen, dass Se. Majestät der Kaiser und Königin auf den dringenden Rath der Aemter sich entschlossen hat, die Entgegennahme der Gratulationen am 22. d. M. auf das geringste Maß zu beschränken. Es wurde daher eine schriftliche Gratulation am geeigneten zu erlassen sein. Im Uebrigen wird Se. Majestät der Kaiser und Königin Gelegenheit haben, bei der Cerimonie am Abend des 22. d. M. die Herren zu begrüßen.“ Ich schlage deshalb dem Hause vor, das Präsidium zu beauftragen, eine schriftliche Gratulation an Se. Majestät den Kaiser zu richten, und ich werde, wenn dazu Gelegenheit sein wird, die Glückwünsche Se. Majestät

am Abend in der Cerimonie mündlich wiederholen. Ich werde also eine Glückwunschadresse einzureichen mir erlauben.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Tagesordnung für den Regierungsrath Kaffel, Petition über die Beförderung der Anstellungen in Westpreußen und Posen, kleinere Vorlagen.) Schluss 3 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom 19. März.

12 Uhr. Am Ministertische v. Böttcher u. A.

Das Haus erliebt zunächst in dritter Beratung den Gesetzentwurf, betr. die Verlängerung der im § 7 des Gesetzes, betr. Errichtung und Abänderung der Bestimmungen über die Aussonderung des steuerartigen Theils aus den sogenannten stehenden Gefällen in der Provinz Schleswig-Holstein vom 25. Mai 1865 festgesetzten Frist, sowie den Gesetzentwurf, betr. die durch ein Auseinanderlegungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten und wendet sich hierauf zur zweiten Beratung des Entwurfs einer Kreis- und Provinzialordnung für die Rheinprovinz.

Referent Abg. v. v. Loebenstein-Glücksbach empfiehlt namens der Kommission die unveränderte Annahme der Provinzialordnung, ebenso in der Hauptsache die der Kreisordnung. Nur in einem Punkte, § 25, wird eine wesentliche Änderung vorgeschlagen, dass nämlich für das Amt des Ehrenbürgermeisters als genügender Ablehnungsgrund auch die Größe des Geschäftsumfanges anzuerkennen sein soll, wenn derselbe nach Ermessen des Kreisaußschusses die an ein Ehrenamt zu stellenden Ansprüche übersteigt.

Abg. Dr. Langerhans (fr.) erklärt zu § 1, dass die deutsch-freisinnige Partei dieser Vorlage gegenüber dieselbe Stellung einnehme wie zur Kreisordnungsvorlage für Westfalen, dass dieselbe aber von der Wiederholung ihrer Anträge, da sie doch ausbleiben seien, Abstand nehme.

Die ersten Paragraphen werden ohne Debatte genehmigt. In § 4 ist das Recht der Ausweisung großer Städte aus den Kreisverbänden an eine Einwohnerzahl von mindestens 40 000 Seelen geknüpft.

Abg. Hygen (nl.) befürwortet unter Hinweis auf das der Provinz Westfalen zuerkannte Recht, den Austritt schon bei 30 000 Einwohnern zu genehmigen. Die Rheinprovinz müsse, da man in den Ostprovinzen und Hessen-Nassau sogar schon bei 25 000 Einwohnern die Stadtrechtsbildung gestatte, eine solche Abweichung als Mißtrauensvotum betrachten und sich gedrückt und verlegt fühlen. Die Städte der Rheinprovinz hätten eine so reiche, intelligente, verdienstvolle und Industrie, dass diese Maßregel ganz unverständlich erscheine.

Geb. Reg.-Rath v. Bitter widerspricht der Ansicht, dass sich die Rheinprovinz gedrückt und zurückgesetzt fühlen müsse unter Hinweis darauf, dass die Provinzialvertretung sich sogar noch für die erweiternde Bestimmung des Zustimmungsvorbehalts ausgesprochen habe. Die Sache müsse von einem höheren staatsmännlichen Gesichtspunkte aus betrachtet werden. Die Verhältnisse in der Rheinprovinz und in Westfalen seien durchaus nicht dieselben. Namentlich sei es in Rücksicht auf die freikommunale Entwicklung nicht wünschenswert, das Auscheiden größerer Städte zu befördern, weil dies die Fäden der Landkreise unerbittlich zerreißen würde. Schließlich komme auch das Staatsinteresse in Betracht. Die Polizeiverwaltung müsse namentlich in den industriellen, der Einwirkung der Sozialdemokratie ausgelegten Gegenden, besonders des Reg.-Bez. Düsseldorf, stark sein. Bei einer Abmilderung derselben sei dies nicht mehr in dem notwendigen Maße möglich. Er bitte daher, dem Vorschlage der Regierung, mit welchem ja die Beschlüsse des Herrenhauses und der Kommission übereinstimmen, beizutreten.

Abg. vom Seebe (nat.-lib.) befürwortet nochmals den Antrag Hygen, während Abg. Kröfeler (son.) und Abg. Ditzgen (nat.-lib.) für die Bestimmung der Regierungsvorlage eintreten.

Abg. Vachem (Cent.) weist die Bedenken der Regierung zurück. Abg. Dr. Samueller ist der Ansicht, dass wenn die Regierung aus höheren staatsmännlichen Gesichtspunkten sich veranlaßt sieht, nicht fernerhin das Auscheiden großer Städte aus den Kreisverbänden zu befördern, sie alsdann allerdings ein gewisses Bedauern treffe, diesen Standpunkt nicht schon bei der Provinz Westfalen eingenommen zu haben. Darum sei es allerdings unbillig, die Rheinprovinz ungünstiger als Westfalen zu behandeln. Die einzige entscheidende Frage dürfe sein, ob eine Stadt die Möglichkeit dafür biete, den Aufgaben der Selbstverwaltung als Kreisstadt nachkommen zu können, und ob die übrig bleibenden Theile wirtschaftlich und moralisch stark genug seien, ohne die Stadt fortzuerhalten. Seiner Meinung nach sei die Besorgnis unbillig, dass durch Auscheiden von Städten schon mit 30 000 Einwohnern die Landkreise geschädigt würden; im Gegentheil würde es zur Förderung eines guten Verhältnisses zwischen Stadt und Land seines Erachtens beitragen, wenn die Regierung das Auscheiden großer Städte unterbiete.

Nachdem Geb. Rath v. Bitter nochmals diesen Ausführungen gegenüber den Standpunkt der Regierung bekräftigt, wird der Antrag Hygen abgelehnt und § 4 unverändert genehmigt. Die folgenden Paragraphen werden unbeanstandet dem Hause gelassen. § 24 handelt von der Ernennung der Bürgermeister der Landbürgermeistereien; die Kommission hat hier die Aenderung angebracht, dass das Amt zunächst denjenigen übertragen werden soll, welche dasselbe als ein unentgeltlich zu verwaltendes Ehrenamt zu übernehmen in der Lage (das Herrenhaus sagt hier: „berei“) sind. § 25 ordnet die Verpflichtung zur Uebernahme von unbesoldeten Aemtern in den Landgemeinden und Landbürgermeistereien, wobei die oben eingangs hervorgehobene Abänderung betr. das Ehrenbürgeramt getroffen ist. Beide Paragraphen werden in der Diskussion verbunden.

Abg. Wülfel (Cent.) befürwortet dagegen das in einem von ihm gestellten Antrage enthaltene Wahlsprinzip. Die Wahl der Bürgermeister sei der Wunsch einer großen Anzahl von Landgemeinden, welche in dieser Weise ihren Einfluss auf die Besetzung der Bürgermeistereien geltend machen wollten.

Während sich Abg. Jansen (Cent.) sich nicht auf diesen Standpunkt stellt, begründet Abg. Vachem eingehend die Aenderung namentlich von dem Gesichtspunkte aus, dass durch die Ernennung der Ortsbürgermeister ökonomisch würden, welche vor allen Dingen ihre Augen nach oben richteten, um Beförderung zu erfahren, nicht aber die Interessen der Kreisangehörigen wahrnahmen.

Geb. Rath v. Bitter erklärt den Antrag für die Staatsregierung unannehmbar und genehmigt, das Zustandekommen des Gesetzes zu gefährden.

Nachdem sich noch die Abg. v. Seebe und v. Liebermann gegen die vorgeschlagene Aenderung ausgesprochen, werden die Anträge Hygen abgelehnt und die beiden Paragraphen in der von der Kommission vorgelegten Fassung angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird ohne wesentliche Diskussion nach den Beschlüssen der Kommission angenommen, und hierauf ohne Debatte, welche dahin geht: „die königliche Staatsregierung anzufragen, eine Veröffentlichung der Landgemeinderordnung für die Rheinprovinz, wie solche sich nach den durch die nachfolgende Gesetzgebung eingetretenen Veränderungen gestaltet hat, vor dem Inkrafttreten der Kreisordnung zu bewirken.“

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen und Gesetzentwurf betreffend die Fürsorge für Waifen in Folge von Betriebsunfällen.) Schluss 3 Uhr.

Deutfches Reich,

Dem Notar Krompholtz in Busendorf ist die zum 1. Mal d. S. nachgesuchte Entlassung aus dem Fußgelenk des Reichslandes ertheilt worden.

Dem Thierarzt Otto Peters zu Eßau ist, unter Anweisung des Amtsbürgermeisters in Neumark B.-Pr., die Kreis-Thierarztstelle des Kreises Eßau verliehen worden.

Die „N. N. Z.“ schreibt:

Philosophische Wissenschaft
am 5. März 1887.
Der Vorstehende Herr Passon eröffnete die Sitzung mit Worten

Passion exquise.

Die Diskussion in welcher zuerst Herr Mittheil sich eingehend
 absprach, ergab eine reiche Befestigung und Erweiterung des Vor-
 abgesprachs an Aristoteles und Hegel; doch wurde von einem Mit-
 theil die oben erwähnte Formel des Vortragenden für Aristoteles
 anshandelt. — Von den von der Gesellschaft herangezogenen
 philosophischen Vorfragen kann zur Vertheilung: Gustav Engel,
 über den Begriff der Klangfarbe (Heft 12 der Neuen Folge, Halle,
 Teffter, 1887).

Krauskschulmännerverein.
Die Extemporalienfeste, welche die Behörden wie die Lehrer und Steuerleute uneingeschränkt vielfach beschäftigt, war auf besonderen Wunsch auf die Tagesordnung der letzten Versammlung des Berliner Krauskschulmännervereins (vom 10. März) gesetzt worden. Der Vortragslehrer Dr. Hirsch hielt einen diesem Thema gewidmeten Vortrag. Als handthätliche Gründe der Ueberwindung der Extem-

Veränderungen in der Kronee.
Das neueste „Militär-Wochenblatt“ vom 19. März enthält folgende Ernennungen, Beförderungen und Versetzungen:

Im Deutschen Reich. 15. März. Hoffmann, Sec. Lieut. von der Inf. des 2. Garde-Regts. zu Fuß, zum Premier-Lieutenant, Schlenker, Pr. Lt. von der Inf. des 3. Ostpr. Gren. Regts. Nr. 4, zum Capitän, Köhner, Sec. Lt. von der Inf. des 1. Bat. 4. Ostpreuss. Landw. Regts. Nr. 5, Kullaf, Sec. Lt. von der Inf. des 1. Bat. 6. Ostpreuss. Landw. Regts. Nr. 43, — zu Pr. 88, Schulz I., Sec. Lt. von der Inf. des 1. Bataillons 8. Rhein. Landw. Regts. Nr. 61, zum Pr. Lt., — befordert. Schenck, Pr. Lt. von der Inf. des 2. Bat. 6. Brandenburg. Landw. Regts. Nr. 52, Wobbe, Dittmar, Pr. Lt. von der Inf. des 2. Bat. 4. Brandenburg. Landw. Regts. Nr. 24, — ein Patent ihrer Chöras verliehen. v. Zibonitz, Pr. Lt. von der Inf. des 2. Bat. 6. Brandenburg. Inf. Regts. Nr. 35, Schramm, Premier-Lieutenant von der Inf. des 2. Brandenburg. Infanterie-Regiment Nr. 11, — zu Dittmar, befordert. Conrad, Premier-Lieutenant von der Inf. des 1. Bat. 2. Magdeburg. Landwehr-Regiments Nr. 2, Brecht, zum Pr. Lt. von der Inf. des 1. Bat. 4. Magdeburg. Landw. Regts. Nr. 87, — ein Patent ihrer Chöras verliehen. Koch, Sec. Lt. von der Inf. des 2. Bat. 6. Brandenburg. Landw. Regts. Nr. 86, Handt, Sec. Lt. von der Inf. des 2. Bat. 4. Meissl. Landw. Regts. Nr. 93, — zu Pr. 88, v. Söckel, Pr. Lt. von der Inf. des 2. Bat. 4. Magdeburg. Landw. Regts. Nr. 67, zum Rittm., Doeber, Sec. Lt. von der Inf. des 6. Brandenburg. Inf. Regts. Nr. 52, Doeber, Sec. Lt. von der Inf. des 1. Bat. 1. Posen. Landw. Regts. Nr. 18, Maabe, Sec. Lt. von der Inf. des 2. Bat. 2. Posen. Landw. Regts. Nr. 19, — zu Pr. 88, — befordert. Noebelchen, Pr. Lt. von der Inf. des 1. Bat. 4. Oberhess. Landw. Regts. Nr. 63, ein Patent seiner Chöras verliehen. Krauß, Pr. Lt. von der Inf. des 2. Bat. 4. Meissl. Landw. Regts. Nr. 17, Wälfing I., Pr. Lt. von der Inf. des 2. Bat. 6. Brandenburg. Landw. Regts. Nr. 39, Tannenbaum, Pr. Lt. von der Inf. des 1. Bat. 4. Meissl. Landw. Regts. Nr. 56, — ein Patent ihrer Chöras verliehen. Merckel, Sec. Lt. von der Inf. des 1. Bat. 1. Meissl. Landw. Regts. Nr. 13, zum Pr. Lt., Dahl, Sec. Lt. von der Inf. des 2. Bat. 4. Meissl. Landw. Regts. Nr. 17, zum Pr. Lt., befordert. Köhler, Sec. Lt. von der Inf. des 1. Bat. 2. Meissl. Landw. Regts. Nr. 16, zu den Landw. Jägern versetzt. Doermer, Strauch, Pr. Lt. von der Inf. des 2. Bat. 4. Rhein. Landw. Regts. Nr. 30, Süß, Pr. Lt. von der Inf. des 1. Bat. 8. Rhein. Landw. Regts. Nr. 70 — ein Patent ihrer Chöras verliehen. Lange, Sec. Lt. von der Inf. des 2. Bat. 2. Schleswig. Landw. Regts. Nr. 64, zum Pr. Lt., Freybank, Sec. Lt. von der Inf. des 3. Brandenburg. Inf. Regts. Nr. 20, Böbbeck I., Sec. Lt. von der Inf. des 3. Hannoversch. Inf. Regts. Nr. 17, Nolte, befordert, Sec. Lt. von der Inf. des 1. Bat. 3. Hannoversch. Landw. Regts. Nr. 92, — zu Pr. 88, Reibmann, Sec. Lt. von der Inf. des 2. Bat. 3. Bad. Landw. Regts. Nr. 111, zum Pr. Lt., Meyer, Sec. Lt. von der Inf. des 2. Bat. 4. Rhein. Landw. Regts. Nr. 8, — zum Pr. Lt., — befordert. Benckow, Sec. Lt. von der Inf. des 2. Bat. 1. Großherzog. Mecklenburg. Landw. Regts. Nr. 89, zum Pr. Lt., befordert. Flecken, Sec. Lt. von der Inf. des 3. Hannoversch. Train-Bat. Nr. 10, zum Pr. Lt., — befordert. v. Meißel, Offiz. zum Magdeburg. Train-Bat. Nr. 4 versetzt. Mehrdodenwillingen. 15. März. Graf v. Carnier, Sec. Lt. à la suite des Garde-Kür. Regts., Saffran, Sec. Lt. von der Inf. des 3. Ostpreuss. Gren. Regts. Nr. 4, — ausgeschieden und zu den Offizieren der letztern Regts. übergetreten. Mesiar, Oberst v. D., zuerst Bez. Kommandeur des 2. Bat. 2. Ostpreuss. Landw. Regts. Nr. 3, die Erlaubnis zum Tragen der Uniform des 2. Ostpreuss. Gren. Regts. Nr. 3 erteilt. v. Nebelt, Sec. Lt. à la suite des Kürassier-Regiments Königin Nr. 2, ausgeschieden und zu den Mesier-Offizieren des Regiments übergetreten. Erdmann, Major v. D., zuerst Bez. Kommandeur des 1. Bat. 2. Ostpreuss. Landw. Regts. Nr. 1, unter Wiedererleihung der Erlaubnis auf Anstellung im Givilheut und der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des 3. Ostpreuss. Gren. Regts. Nr. 4, in die Kategorie der mit Pension verabschiedeten Offiziere zurückversetzt. Wiesternhagen, Oberst v. D., zuerst von der Armee, mit seiner Pension und der Erlaubnis zum ferneren Tragen der Uniform des Magdeburg. Inf. Regts. Nr. 26 der Königl. bewilligt, von der Marwig, Sec. Lt. vom Westpreuss. Kur. Bat. Nr. 5, ausgeschieden und zu den Offiz. des Regts. übergetreten. Graf v. Stille, Oberst, Major v. D., zuerst Bez. Kommandeur des 1. Bat. 2. Mecklenburg. Landw. Regts. Nr. 23, mit seiner Pension und der Erlaubnis zum ferneren Tragen der Uniform des Mecklenburg. Inf. Regts. Nr. 23, Spangenberg, Hauptm. v. D., zuerst erster Deputy des v. Meissel. Train-Bat. Nr. 6, unter Ertheilung der Erlaubnis auf Anstellung im Givilheut, mit seiner Pension und der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des Meier-

Literarisches. Ein Abris aus seinem Leben und Wirken. Gedenkblatt zur Feier des neunzigsten Geburtstages Sr. kaiserlichen und königlichen Majestät zusammengefasst für das Volk und für die Armeen von Albert Witter, Major im 8. Württembergischen Infanterie-Regiment Nr. 126. Mit dem Bilde des Kaisers. Dritte Auflage. Stuttgart 1887 bei A. Gelhanmer.

Als militärrichter Schriftsteller und Historiker hat sich der Verfasser des Gedenkbuches schon seit Jahren einen guten Namen gemacht. In dem vorliegenden Werkchen aber hat er bewiesen, daß sein Schriftstellerisches Können in diesem Rahmen keineswegs beschränkt ist. Die schwierige Aufgabe, einen historischen Ueberblick über einen Zeitraum von 90 Jahren in eng bemessenem Rahmen zu geben, ohne in trockene Registrierung zu verfallen oder das Relief der Ereignisse zu beeinträchtigen, ist in meisterhafter Weise gelöst. Die interessante geschichtliche Darstellung wird durch leicht flüssigen Stil und warme Empfindung noch gehoben, und das Ganze hat als kurz gefaßter Geschichtsriß, wie als vorzügliche Feilschrift danernden Werth. Ein klarer Geist, ein braves deutsches Soldatenherz haben bei dem Werkchen höchst erfolgreich zusammengewirkt. Wir können dasselbe bestens empfehlen.

Continental-Telegraphen-Gesellschaft (früher Wolff's
Telegraphisches Bureau).

Frankfurt a. M., Sonnabend, 19. März, Nachmitt. 2 Uhr		30 Min. fest	
(Schluß-Course.)		G. v. 18.	
Rundener Wechsel	20,405/1 20,40	Holl. Negappter	78,70/ 73,70
Pariser do.	80,383 80,366	Neue Türken	13,80/ 13,80
Wiener do.	159,60 159,80	Nöhm. Westbahn	214 1/2 214,50
Reichsbankle	105,75 105,60	Central-Pacific	114,00/ 114,30
Deutscher Silberz.	65,10 65,00	Franzosen	193 1/2 193
do. Papierrente	64,30 64,30	Galater	162 1/2 162 1/2
do. 5% Papierrente	— —	Gotthardbahn	98,50/ 98,10
do. 4% Papierrente	90,10 90,00	Festliche Endmitgl.	94,20/ 94,30
1860er Rente	113,10/ 113,20	Bomben	73 1/2 72 1/2
1864er Rente	— 272,60	Südb.-Böhmer	153,10/ 153,10
4% ungar. Goldr.	80,70 80,70	Nordwestbahn	181 180 1/2
do. Staatsloose	213,50 212,90	Kreditaktien	227 1/2 227 1/2
Italien	96,70 96,60	Darmstädter Bank	138,90/ 138,50
1880er Pfenn.	80,50 80,80	Meininger Bank	94,90/ 95,20
11. Orientanleihe	55,90 56,20	Reichsbank	135,10/ 135,00
11. Orientanleihe	55,70 55,70	Disconto-Bank.	194,50/ 195,30
Spanier exten.	64,20 64,40	5% verbliche Rente	78,80 78,70

Neue Gerben 82,00, Neue Proz. portugiesische Anleihe 90,90.
Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 226½, Grauwollen 198½,
Galatz 162½, Lombarden 73½, Diskonto-Commandit 195,20.
Weizen loco hiesiger 17,75, fremder loco 18,25, März
17,00, Mai 17,30, Juli 17,55. Roggen loco hiesiger 14,50,
März 12,60, Mai 12,75, Juli 12,85. Hafer loco 14,75. Rubel
loco 28,80, Mai 28,25, Oktober 28,65.
Weizen, Connabend, 19. März. Spiritus loco ohne Faß
36,00, März 36,00, April-Mai 36,60, Juni 37,60, Juli 38,20.
August 38,70. Watter.

Breslau, Sonnabend, 19. März, Nachm. Still.		C. v. 18.	
Leherr. Banknoten	159,60 159,45	3% Bpdr.	96,80 96,85
Russ. Banknoten	180,75 181,50	Bresl. Diskontobank	90,00 90,00
Leherr. Goldr.	—	Bresl. Wechselbank	96,50 96,50
180 ugar. Goldr.	80,50 80,35	Kreditaktien	469,00 469,50
1880er Russen	80,35 80,75	Schul. Bankvereln	105,00 105,00
1884er Russen	94,25 94,40	Tonnenmardshütte	39,00 38,75
Il. Orientanl.	55,90 55,90	Lamabülte	76,00 76,25
Statiener	96,40 96,50	D. G. G. Aktienbank	47,95 46,50

Breslau, Sonnabend, 19. März, Nachmitt. (Getreidemarkt).
 Spiritus pr. 100 Ektl. 100 Brod. März 36,00, April-Mai
 36,50, Juli-August 38,40. Roggen April-Mai 124,00, Mai-Juni
 127,00, Juni-Juli 130,00. Weizen März 45,50, April-Mai 46,00.
 Einl: Unverändert. — Wetter: Anhaltender Schneefall.
 Leipzig, Sonnabend, 19. März.

S. v. 18.		S. v. 18.			
Spez. fähi. Rente	91,50	91,40	Belgischer Disconto	99,60	100,00
4proz. Anteiße	103,70	108,70	Sächſische Bank	114,30	114,00
Pulstierader Lit. A.	123,00	122,25	Belgischer Sammgarn	223,00	223,00
do. Lit. B.	84,75	84,60	"Kette"	81,75	81,00
Böhm. Nordbahn	100,50	99,75	Zuckerfabrik Glaugitz	78,00	78,50
Gras-Kaffach	89,50	89,60	Austroſſen. Halle	87,00	87,00
Leipziger Kredit	169,75	169,50	Zähr. Gas-Gesellſch.	139,00	139,00
Leipziger Bank	130,30	131,00	Deſter. Banknoten	159,40	159,30
Mien, Sonnabend,	19. März,	Freitag.	Schließſch. be-		

(Schlus-Courfe.)	G. v. 18.		G. v. 18.		
Defterr. Papier.	80,65	80,65	Kronpr. Rudolfsh.	184,75 184,75	
50 Rpierrente.	97,75	97,75	Dur-Bodenbach	—	
100 Silberrente	81,45	81,30	Böhm. Westbahn	—	
48 Goldrente	113,10	113,00	Nordbahn	23771 23771	
100 ungar. Goldr.	101,25	101,55	Nolonbanf	218,00 218,00	
50 ungar. Papier.	89,20	89,30	Anglo-Austrian	107,00 106,50	
1864er Rofe	126,00	126,00	Wiener-Bankverein	97,25 97,25	
1860er Rofe	133,50	133,25	Ungar. Kredit	294,75 295,75	
1864er Rofe	166,00	165,50	Deutsche Wäße	62,70 62,65	
Kreditloofe	176,60	176,00	Bondauer Wäfel	127,85 127,85	
100 Brämienloofe	120,50	120,50	Parifer do.	50,35 50,35	
Kreditaktien	286,00	286,80	Amfterdamer do.	105,50 105,50	
Kranzofen	21,75	242,00	Napoleons	10,12 10,11	
Lombarden	91,75	91,50	Dufcous	5,97 5,97	
Galizier	203,25	203,30	Marknoten	62,70 62,674	
Emil. (Gern.-Taff)	223,25	221,50	Ruff. Banknoten	1,134 1,134	
Sardubiger	155,50	156,25	Silbercoupons	100,00 100,00	
Nordweftbahn	183,75	182,50	Reichsbank	237,75 239,00	
100 Bethalbahn	160,50	160,50	Erwanau	218,50 218,50	
100 Bethalbahn	—	—	Tabakfaktien	54,50 53,50	
Nachbörfe:	Ungar. Kreditaktien	295,75	öfter. Kreditaktien	—	
86,50, Braungofen	243,25	4pro. ungar. Goldrente	101,35	Reft.	—

Verantwortliche Redakteure **H. Dernburg** in Berlin.
für die auf die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile:
E. G. Köhner in Berlin.
Druck und Verlag der National-Zeitung **Dr. H. Salomon** in Berlin.